

## **In „Erinnerungsopposition“ zum antifaschistischen Geschichtsbild – Christlich-jüdische Arbeitsgemeinschaften in der DDR 1970-1990.**

**Von Kerstin Lorenz**

Der Umgang mit der NS-Geschichte erfolgte in der DDR nach den Prämissen einer als antifaschistisch bezeichneten Geschichtspolitik, die die Erfahrungen des kommunistischen Widerstandskampfes auf die gesamte DDR-Gesellschaft übertrug. Das Schicksal der verfolgten Juden war in dieser Darstellung nur eines unter vielen Opfergruppen; die eigentlichen Ursachen und Motive der nationalsozialistischen Judenverfolgung blieben unbenannt.

In den christlichen Kirchen in der DDR entwickelte sich ein anderer Umgang mit dem Judentum. Dieser hatte seinen Ausgangspunkt in der Erkenntnis, dass traditionelle, theologisch verwurzelte, christliche Vorurteile gegenüber dem Judentum den modernen Antisemitismus befördert hatten. Es war die Frage nach Schuld und Sühne, die die Christen nach 1945 bewegte, ihr Verhältnis zum Judentum neu zu bestimmen. Zum gesamtdeutschen Kirchentag 1961 in Berlin hatten sich die Kirchleitungen gegen eine Fortsetzung der Judenmission in Deutschland ausgesprochen. In der DDR blieb die „Mission“ bis 1967 jedoch dem Namen nach bestehen. Erst 1968 erfolgte die Umbenennung in "Arbeitsgemeinschaft Kirche und Judentum". Den entscheidenden Impuls erhielt das Verhältnis zwischen Juden und Christen in der DDR ab 1971: Unter der Leitung des Leipziger Pfarrers Siegfried Theodor Arndt entwickelte sich die christlich-jüdische Arbeit zu einer Zusammenarbeit zwischen Christen und Juden, die den christlichen Antijudaismus überwinden und ein „wahres“ Verständnis vom Judentum ohne christliche Brille vermitteln wollte. Der Dialog zwischen Christen und Juden in der DDR hatte seine eigenen Gesetze und Bedingungen: eine kirchen- und religionsfeindliche Umwelt; die Schwäche der jüdischen Gemeinden aufgrund ihrer geringen Mitgliederzahlen, ihrer finanziellen Situation und der Abhängigkeit von staatlichen Zuwendungen; dem Deutungsanspruch des Staates über die Vergangenheit; die Zensur für wissenschaftliche Literatur zum Judentum und Israel; fehlende gesellschaftliche Gestaltungsräume; die Beschränkung des gegenseitigen Austauschs über die Grenzen der DDR hinaus.

Die politische Dimension der christlich-jüdischen Begegnung in der DDR ist jedoch nur im Kontext der Lage der jüdischen Gemeinden und der Evangelischen Kirche in der DDR sowie ihres Verhältnisses zueinander zu verstehen. Autonomieräume gegenüber dem SED-Staat, über die die jüdischen Gemeinden nicht verfügten, ermöglichten es der Kirche, inhaltlich und öffentlich auf Distanz zur politischen Linie zu gehen – auch im Verhältnis zum Judentum und zu Israel. Christen und Juden in der DDR entwickelten inhaltlich neue, unabhängige Formen des Gedenkens und konnten das Judentum wieder in das öffentliche Bewusstsein rücken. Über den historischen und theologischen Zugang bot die christlich-jüdische Arbeit in der DDR eine Möglichkeit, sich entgegen der staatlichen Propaganda mit dem Thema Israel zu beschäftigen.

Nun ist der innerkirchliche Wandel der christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften bereits erforscht. Doch bleiben die gesellschaftliche Bedeutung und der Einfluss der christlich-jüdischen Gruppen auf die Erinnerungskultur der DDR nur vage umrissen. Einschlägige Arbeiten zum Antifaschismus, zur Erinnerungskultur und zum Judentum in der DDR jedoch betonen die Bedeutung des kirchlichen „Interesses“ an jüdischen Themen oder charakterisieren dies sogar als „Erinnerungsopposition“.

Daher verfolgt das Forschungsvorhaben zwei Ziele: Zunächst soll die christlich-jüdische Arbeit in der DDR hinsichtlich ihrer Akteure, Strukturen, Inhalte und Entwicklung rekonstruiert werden. Der Fokus liegt dabei auf den Arbeitsgemeinschaften in Leipzig, Berlin und Dresden. Diese waren zum einen – in unterschiedlichem Maße erfolgreich – langfristig um die Zusammenarbeit und den Dialog mit Juden bemüht. Zum anderen kennzeichnete sie eine kontinuierliche Bildungsarbeit zum „Verstehen des Judentums“, die sich nicht allein an

kirchliche Multiplikatoren oder einzelne Gemeinden richtete, sondern jedem interessierten DDR-Bürger offen stehen sollte und auf eine hohe öffentliche Resonanz stieß. So entwickelte sich ein Wechselspiel zwischen dem „Angebot“ an Themen und dem „Informationsbedarf“ des Publikums, zu dem neben Christen und Juden auch viele Atheisten gehörten, die sich für die sonst politisch tabuisierten, kaum bekannten Themen wie die „Geschichte Israels“, „Jüdisches Selbstverständnis“ oder „Jüdischer Widerstand in der NS-Zeit“ interessierten. Als eine Art „Volkshochschulersatz“ konnte in den Veranstaltungen über jüdisches Leben und jüdische Glaubenspraxis vor und nach 1945 in der DDR, der Bundesrepublik und in Israel gesprochen werden. Der zweite Schwerpunkt meines Forschungsinteresses liegt in der Rezeption der christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften als eigenständige, öffentlich handelnde Erinnerungsakteure im SED-Staat. Hierfür gilt es, die Gratwanderung der Gruppen zwischen kirchlicher Autonomie und kirchenpolitischen Vorgaben durch die staatlichen Stellen, zwischen Sühne- und Aufklärungsabsicht der Erinnerungsarbeit und dem staatlichen Antifaschismus, der eine „Vergangenheitsbewältigung“ nicht vorsah, auszuloten. Dabei geht die Arbeit auch der Frage nach, welche Zusammenhänge zwischen den im Rahmen des christlich-jüdischen Dialogs geschaffenen Erinnerungsräumen, der staatlichen Hinwendung zum Judentum ab Mitte der 1980er Jahre und dem zunehmenden öffentlichen Interesse an jüdischen Themen bestanden haben.

Der Untersuchungszeitraum setzt mit dem Paradigmenwechsel in der christlich-jüdischen Arbeit Anfang der 1970er Jahre ein, als einzelne kirchliche Arbeitsgemeinschaften begannen, sich um ein neues und direktes Verhältnis zu den jüdischen Gemeinden zu bemühen. Das Forschungsvorhaben endet mit dem Zusammenbruch der SED-Herrschaft, mit dem der hegemoniale Anspruch der SED auf das Geschichtsbild endete.

#### Kapitelübersicht

Die inhaltlichen Kapitel (II-V) soll hier kurz umrissen werden:

Im *zweiten* Kapitel werden zunächst die historischen, ideologischen und politischen Rahmenbedingungen dargestellt, unter denen sich die christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften entwickelten und agierten: der DDR-Antifaschismus als Geburtshelfer, Machtinstrument und Geschichtsverständnis der SED sowie die vom Antifaschismus geprägte Erinnerungskultur in der DDR. Zweitens soll in diesem Kapitel die Situation der Juden und der jüdischen Gemeinden in der DDR beleuchtet werden, die auch Auswirkung auf die christlich-jüdische Arbeit hatte.

Das *dritte* Kapitel widmet sich dem Verhältnis von „Kirche“ und „Judentum“ in der DDR. Die Bereitschaft der Evangelischen Kirche, sich zur (Mit-)Schuld am nationalsozialistischen Judenmord zu bekennen, bildete die Grundlage für die christlich-jüdische Zusammenarbeit. Die eigentlichen Impulse für einen Neuorientierungsprozess kamen von der Kirchenbasis: Nach der Abkehr vom christlichen Missionsanspruch gegenüber Juden sollten Christen ein neues Verhältnis zum Judentum aufbauen. Als „Arbeitsgemeinschaft Kirche und Judentum“ DDR-weit miteinander verbunden, hatten es sich einzelne christlich-jüdische Initiativen zum Ziel gemacht, Kenntnisse über das Judentum zu erlangen, ohne es dabei durch die „Brille christlicher Deutung“ wahrzunehmen oder Juden zum Christentum bekehren zu wollen. Ungeachtet der Absichten erschwerten die enorme quantitative Asymmetrie zwischen Christen und Juden in der DDR sowie gegenseitige Berührungängsten das interreligiöse Gespräch.

Der Herausbildung der „Erinnerungsopposition“ widmet sich das *vierte* Kapitel. Die Beteiligung der evangelischen Kirchen der DDR am 40. Jahrestag der Novemberpogrome 1978 war ein Wendepunkt in der ostdeutschen Erinnerungskultur. Die Gedenkveranstaltungen der christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften leiteten in der öffentlichen Erinnerung einen Perspektivwandel ein: Sie rückten das Gedenken an die im Nationalsozialismus verfolgten Juden in den Mittelpunkt, der im offiziellen antifaschistischen Geschichtsbild den kommunistischen Widerstandskämpfern galt. Zudem war der 9.

November im staatlichen Gedenken bis dahin der Novemberrevolution von 1918 vorbehalten.

In der Untersuchung sollen die christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften in Berlin, Leipzig und Dresden besondere Betrachtung erfahren. Diese fassten nicht nur das Erinnern in neue Strukturen, sondern schufen auch institutionell einen Rahmen, in dem in der DDR eine Beschäftigung mit dem Judentum stattfinden konnte, insbesondere im Hinblick auf die NS-Vergangenheit. Um nicht in der Deskription zu verharren, muss das Forschungsvorhaben auch die Diskrepanz zwischen dem nicht oppositionellen Selbstverständnis der christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften und ihrer Zuschreibung von außen als „Erinnerungsopposition“ hinterfragen. Dafür gilt es, die Konfliktlinien, die sich aus dem Umgang mit jüdischen Themen in der DDR ergaben, zu berücksichtigen. Damit erweitert das Dissertationsvorhaben die Betrachtung des Verhältnisses zwischen „Kirche“ und „Judentum“ in der DDR: Es untersucht die politisch-gesellschaftliche Relevanz dieses Verhältnisses. Dies führt im dritten Teil des Kapitels zur Untersuchung der staatlichen Rezeption und Einflussnahme auf den christlich-jüdischen Dialog.

Das *fünfte* Kapitel fragt nach dem Verhältnis von christlich-jüdischer Arbeit und Opposition in der DDR. So beteiligten sich die Arbeitsgemeinschaften seit 1978 an regionalen Kirchentagen mit eigenen Programmen oder Informationsständen neben oppositionellen Gruppierungen. In das Programm der seit 1980 jährlich im November abgehaltenen Friedensdekaden wurden zudem stets die Gedenkgottesdienste und Veranstaltungen eingebettet, die die Arbeitsgemeinschaften anlässlich der Novemberpogrome von 1938 organisierten. Im Rahmen dieser Gedenkveranstaltungen entstanden immer wieder auch spontane öffentlich Aktionen, die die Erinnerung und Mahnung zum Anlass für Kritik am SED-Staat nahmen. Für zeitgenössisch relevante Themen wurden kritische Intellektuelle als Referenten für die Vortragsreihen gewonnen, um beispielsweise über Neofaschismus und Antisemitismus in der DDR zu sprechen. Eine direkte Beteiligung der christlich-jüdischen Gruppen an den Massendemonstrationen im Herbst 1989 war jedoch nicht zu verzeichnen.